

Keine Beitragserhöhungen bis 2014

Die berufliche Weiterbildung soll stärker gefördert werden

VON LAURENT ZEIMET

Die Regierung konnte sich gestern mit den Arbeitgebern einigen: mehr Geld für Weiterbildung, Minderung der Lohnnebenkosten bei Geringverdienern, keine Beitragserhöhungen bis 2014 und beschleunigte Genehmigungsverfahren. Ein Paket, mit dem die Arbeitgeber vorerst leben können.

Die Wortwahl kann in der Politik sehr entscheidend sein. Nach der letzten Bipartite-Runde hatte Premier Jean-Claude Juncker das Ergebnis - nach dem Geschmack der Sozialisten - zu sehr als Kompensierung für eine mögliche Indextranche und die bevorstehende Mindestlohnerhöhung dargestellt.

Eine solche „Kompensierungslogik“ wolle die LSAP aber nicht mittragen, ließen Parteipräsident Alex Bodry und Fraktionspräsident Lucien Lux den Koalitionspartner wissen. Und so war nach der stundenlangen Verhandlung mit den Arbeitgebern gestern Nachmittag von „Kompensierungen“ auch keine Rede mehr. Gut gelaunt, teilte der Premier mit, dass man sich mit den Arbeitgebern auf ein „verständliches und wirksames Paket zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ verständigt habe, das sich selbstverständlich nahtlos an die separate Einigung mit den Ge-



Die Arbeitgeber waren zu jedem Zeitpunkt einig, sagt Michel Wurth.

(FOTO: ANOUK ANTONY)

werkschaften anfügt. Nach dem Premier und in dessen Abwesenheit würdigt UEL-Präsident Michel Wurth das eben getroffene Abkommen und muss bei seiner Wortwahl weniger Rücksicht nehmen. Das Abkommen trage zumindest nicht zur „Verschlechterung“ der Wettbewerbsfähigkeit bei, so der Chef-Arbeitgeber.

Zwischen einer „Verbesserung“ und „keiner Verschlechterung“ liegt sicherlich mehr als nur eine Nuance. Wurth macht keinen Hehl daraus, dass die Arbeitgeberseite sich weiterhin „strukturelle Reformen“ wünscht und gibt die Hoffnung nicht auf, dass sich die Politik im kommenden Jahr zu

eben diesen durchringen wird. „Das Ziel bleibt die Abschaffung des Index“, sagt Wurth und fügt dann schnell hinzu „zumindest vorübergehend“ und meint das von der UEL-geforderte zweijährige Index-Moratorium. Die Arbeitgeber seien sich übrigens „in allen Fragen“ und „zu jeder Zeit“ einig gewesen, stellte der UEL-Vorsitzende klar.

Keine Index-Kompensierung

Am 30. Oktober hatte die Regierung den Arbeitgebern eine steuerliche Kompensierung der voraussichtlichen Indextranche nach dem 1. Oktober 2011 in Aussicht gestellt. Dieser Vorschlag ist nun

vom Tisch. „Wir wollten nie eine Kompensierung“, erklärte Wurth. Den Arbeitgebern gehe es lediglich um eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, denn die Wirtschaft gehe geschwächt aus der Krise hervor.

So begrüßen die Arbeitgeber die Ankündigung der Regierung, mehr Mittel für die berufliche Weiterbildung bereitzustellen, aber die Zusage der CSV/LSAP-Koalition, bis zum Ende der Legislaturperiode keine Sozialbeiträge mehr zu erhöhen, nennt Michel Wurth „schrecklich wichtig“. Weder für die Gesundheitskasse noch für das Rentenwesen stehen bis 2014 Beitragserhöhungen auf der Tages-

ordnung, versicherte die Koalition. „Wir senken die Lohnnebenkosten, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern“, hatte der Premier angekündigt. Bei Michel Wurth klingt das drastischer: „Wenn der Mindestlohn steigt, steigt die Arbeitslosigkeit.“ Daher haben sich Koalition und Patronat darauf verständigt, dafür zu sorgen, dass die Mehrbelastung durch die Mindestlohnerhöhung zum 1. Januar abgedeckt werden soll. Juncker sprach von einem einmaligen Vorgang. Es solle kein Präzedenzfall geschaffen und in fünf Jahren Bilanz gezogen werden.

Die Regierung hat sich weiter vorgenommen, die administrative Vereinfachung im neuen Jahr konsequenter voranzutreiben, so sollen die Novellierung des Gesetzes über die kommunale Flächenordnung und das Commodo/Incommodo-Verfahren noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Premier Jean-Claude Juncker bedauerte, dass diese Einigung nicht im Rahmen einer Tripartite getroffen werden konnte, meinte aber, dass nun die „Voraussetzungen für eine Wiederbelebung“ des Sozialdialogs geschaffen seien. Des Premiers Wortwahl scheint dieses Mal auch dem Koalitionspartner gefallen zu haben. Die LSAP teilte noch am Abend mit, dass die Sozialisten das Paket „zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ begrüßen.